Deutscher Bundestag **Drucksache 19/6441**

19. Wahlperiode 12.12.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Renate Künast, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Harald Ebner, Markus Tressel, Friedrich Ostendorff, Tabea Rößner, Daniela Wagner, Dr. Bettina Hoffmann, Stefan Schmidt, Katja Dörner, Corinna Rüffer, Lisa Badum, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Britta Haßelmann, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Stephan Kühn (Dresden), Steffi Lemke, Dr. Julia Verlinden, Claudia Müller und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesunde Ernährung im Alltag einfach machen – Ernährungswende umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Essen soll nicht nur schmecken, sondern auch gesund sein – das ist die überwiegende Meinung der Verbraucherinnen und Verbraucher zum Thema Essen.[1] Immer mehr Menschen haben zudem nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Auswirkungen unseres Essens auf Tiere, Umwelt, Klima und globale Gerechtigkeit im Blick. Sie wollen sich darauf verlassen können, dass ihr Essen frei von gesundheitsgefährdenden Rückständen und Schadstoffen ist. Das große Interesse an gutem Essen zeigt längst seine Wirkung: Märkte werden wieder belebt, Restaurants mit regionalen, ökologischen Angeboten und Ernährungs-Startups entstehen, Eltern setzen sich für Bio-Essen in Kitas und Schulen ein und auch in den Städten bauen immer mehr Menschen ihr eigenes Gemüse und Obst beim urban gardening selber an. Jährlich demonstrieren in Berlin anlässlich der Grünen Woche Tausende von Menschen für gutes, nachhaltiges und gesundes Essen. Mit solchen Initiativen haben sie nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eine Ernährungsbewegung in Gang gesetzt.

Aber eine gute, ausgewogene Ernährung ist für viele Menschen gerade im Alltag nicht leicht. Der Griff zu Fertigprodukten und Fastfood ist oft einfacher als die gesündere und bewusste Essenswahl. Egal ob im Supermarkt oder am Bahnhof – an vielen Orten sind überwiegend stark verarbeitete Lebensmittel erhältlich. Fast die Hälfte der von deutschen Haushalten gekauften Lebensmittel sind verarbeitete Produkte.[2] Sie enthalten oft mehr Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffen als es nötig und gesund ist. Hinzu kommt, dass Essen häufig in Kita, Schule, bei der Arbeit oder unterwegs stattfindet und damit vom dortigen Angebot abhängig ist. Neben dem Angebot fehlt es aber auch an Transparenz. Verbraucherinnen und Verbraucher haben meist keine Vorstellung davon, wie viel Zucker oder Fett in fertig verarbeiteten Lebensmitteln enthalten ist.[3]

[1] BMEL Ernährungsreport 2018 https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Ernaehrungsreport2018.pdf?__blob=publicationFile
[2] https://www.sueddeutsche.de/news/gesundheit/gesundheit-krebsrisiko-und-verarbeiteten-lebensmittel-haengen-zusammen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180216-99-104663
[3] International Journal of Obesity 42 (2018), 1097–1100, https://www.nature.com/articles/s41366-018-0021-5

Oft sind Portionsgrößen unrealistisch[4] oder der Zuckergehalt wird durch unbekannte Ersatzstoffe in der Zutatenliste verschleiert[5].

Eine Ernährungswende ist überfällig. Fehlernährung ist nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland eines der größten Krankheitsrisiken, und gute Ernährung daher zentraler Baustein der Gesundheitsvorsorge. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, die politischen Rahmenbedingungen für ein gutes, nachhaltiges und gesundes Angebot an Essen zu setzen und hierbei insbesondere Kinder und Jugendliche im Blick zu haben. Sie muss Maßnahmen ergreifen, um den Nährwert von Lebensmitteln besser erkennbar zu machen und das Angebot gesünder zu gestalten. Hierbei spielt die Gemeinschaftsverpflegung eine zentrale Rolle. Gutes und leckeres Essen muss fester Bestandteil von Kitas und Schulen werden.

Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam Strukturen schaffen, die eine gute und gesunde Ernährung für alle ermöglichen und fördern. Während die Bundesregierung seit Jahren einseitig auf verhaltenspräventive Maßnahmen wie Verbraucheraufklärung und -information setzt und regulatorische Maßnahmen zur strukturellen Förderung einer gesünderen Ernährung ablehnt, drängen die Weltgesundheitsorganisation (WHO), Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf eine umfassende Ernährungsstrategie mit einem Instrumentenmix, der auch regulatorische und entscheidungslenkende Maßnahmen umfasst. Auch ein breites Bündnis aus Ärzteverbänden, Fachorganisationen und Krankenkassen hat in einem Brief die Bundesregierung im Mai 2018 aufgefordert, wirksame und ressortübergreifende Maßnahmen gegen Fehlernährung zu ergreifen. Dazu zählten eine verständliche Lebensmittelkennzeichnung, die Beschränkungen von an Kinder gerichteter Lebensmittelwerbung, die Durchsetzung verbindlicher Standards für die Schul- und Kitaverpflegung sowie steuerliche Anreize für gesunde Ernährung.

Andere Länder wie Frankreich oder auch Chile haben eine Ernährungsstrategie bereits auf den Weg gebracht.. Denn nur mit einem ganzheitlichen Ansatz kann eine gute Ernährung im Alltag für alle Menschen einfach funktionieren. Dazu gehören Stadtentwicklung, Gemeinschaftsverpflegung, Ernährungsbildung, Nährwertkennzeichnung, Lebensmittelmarketing, Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Fett bei hochverarbeiteten Lebensmitteln ebenso wie die Auseinandersetzung mit Steuern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, eine Ernährungswende mit folgenden Bausteinen auf den Weg zu bringen:

1. Eine nationale, ressortübergreifende Strategie für gutes Essen entwickeln.
   - Gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft, Verbänden, Kommunen, Industrie, Ärzteschaft und Krankenkassen etc. eine nationale, ressortübergreifende Ernährungsstrategie erarbeiten, mit dem Ziel, die Adipositasquote bis 2030 deutlich zu senken und damit das Risiko für chronische Zivilisationskrankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu verringern.

2. Gemeinsam mit den Ländern gesunde und vielfältige Ernährung als fester Teil der Stadtentwicklung und der ländlichen Entwicklung etablieren.
   - Entsprechende Förderprogramme für Modellprojekte wie zum Beispiel zum Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten für Gemeinschaftsverpflegung sowie für die Erstellung von Ernährungsstrategien auflegen.
   - Regionale Verarbeitung und Wertschöpfungsketten stärken. Insbesondere kleine und mittlere, lokal verankerte Lebensmittelhandwerksbetriebe fördern.
   - Bezahlbaren Raum innerhalb der Städte für eine Vielfalt von Nahrungsanbietern von der Gastronomie bis zur Hotellerie sichern, und dazu das

[4] https://www.verbraucherzentrale.de/sites/default/files/migration_files/media248728A.pdf
[5] https://www.verbraucherzentrale.de/sites/default/files/migration_files/media223203A.pdf

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gewerbemietrecht weiterzuentwickeln. Hierfür sind Regelungen bezüglich des Kündigungsschutzes, die Begrenzung von Mieterhöhrungsmöglichkeiten sowie die Erstellung von Gewerbemietspiegeln nötig.
- Leerstehende bundeseigene Liegenschaften zugunsten gesunder und klimafreundlicher Stadtentwicklung auch zur Nutzung von Akteuren im Rahmen kommunaler Ernährungsstrategien zur Verfügung stellen. Dazu können auch private Dritte gehören, die diesen öffentlichen Zweck erfüllen, wie etwa Food-Startups und innovative Ernährungsunternehmen.
- Den Aufbau zivilgesellschaftlicher Ernährungsräte zur Entwicklung regionaler Ernährungsstrategien im Rahmen der Programme der Städtebauförderung fördern.
- Die Umsetzung regionaler Ernährungsstrategien im Rahmen der Städtebauförderung unterstützen, zum Beispiel im Rahmen entsprechender Einzelhandelskonzepte, durch Investitionen in die soziale, kulturelle oder Sport-Infrastruktur und durch Einkaufskooperationen mit regionalen Landwirten.

3. Eine ausgewogene und gesunde Ernährung für alle Verbraucherinnen und Verbraucher in allen öffentlichen Einrichtungen, z.B. Kitas, Schulen und Universitäten, aber auch in Betriebskantinen, Krankenhäusern und Pflegeheimen ermöglichen.
   - Gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, gesunde und ausgewogene Gemeinschaftsverpflegung flächendeckend auszubauen und die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zur Grundlage der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung zu machen.
   - Einen Förderschwerpunkt Gemeinschaftsverpflegung in Höhe von 20 Millionen Euro in der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) einrichten und hierfür die DGE-Qualitätsstandards sowie einen hohen Anteil an Bio- und regionalen Lebensmitteln zur Förderauflage machen. Dabei z.B. bekannte Modelle wie das „House of food“ nutzen und fördern.
   - Gemeinsam mit den Ländern die Vernetzungsstellen Schulverpflegung langfristig finanziell absichern.
   - Die gesetzliche Grundlage schaffen und Mittel bereitstellen, um das europäische Schulobst- und -gemüseprogramm aufzustocken.

4. Die Ernährungsbildung in Kitas, Schulen und Ausbildung stärken.
   - Gemeinsam mit den Bundesländern die Ernährungsbildung in Kitas und Schulen fächerübergreifend verankern, um gesundes Kita- und Schulessen durch Ernährungswissen zu begleiten.
   - Gemeinsam mit den Bundesländern auf eine Verankerung der Aspekte der Gesundheitsförderung und -prävention und der Ernährungsbildung in den Ausbildungsordnungen für pädagogische und Pflege-Fachkräfte hinwirken.

5. Eine verbindliche nationale Reduktionstrategie für Zucker, Salz, Fett in verarbeiteten Lebensmitteln auf den Weg bringen.
   - Eine nationale Reduktionsstrategie muss mit konkreten Zeit- und produktspezifischen Reduktionszielen gemeinsam mit der Lebensmittelindustrie und Wissenschaft umgesetzt und unabhängig kontrolliert werden.
   - Die Lebensmittelindustrie muss durch Reduktionsprogramme ihre Rezepte ändern und gesündere Produkte anbieten. Dabei darf die Reduktion von Zucker, Fett und Salz nicht dazu führen, dass stattdessen Ersatzstoffe eingesetzt werden, die gegebenenfalls andere gesundheitliche Risiken mit sich bringen können. So darf die Zuckerreduktion nicht durch den vermehrten Einsatz von Süßstoffen kompensiert werden. Die Reduktion muss zu einem geringeren Energiegehalt führen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

6. Eine einheitliche, farbliche Nährwertkennzeichnung auf der Produktvorderseite von Fertiglebensmitteln einführen.
   - Die Möglichkeit eines freiwilligen nationalen Nährwertkennzeichnungssystems muss genutzt und dazu ein wissenschaftlich basiertes und leicht verständliches Modell entwickelt werden.
   - Eine Kennzeichnung wie beispielsweise Nährwertampel oder Nutriscore soll durch die Farben grün, gelb und rot auf den ersten Blick sichtbar machen, welche Nährwertbilanz bezüglich Zucker, Fett und Salz ein Produkt hat.
   - Die Nährwertkennzeichnung muss sich an festen Größen (100 Gramm / Milliliter) orientieren, damit sie objektiv und vergleichbar ist.
   - Auch auf europäischer Ebene auf die Einführung einer EU-weit verbindlichen einheitlichen, farbigen Nährwertkennzeichnung auf Basis von 100 Gramm/Milliliter auf Lebensmitteln hinwirken.

7. Das Lebensmittelmarketing für die Zielgruppe Kinder am Schutzauftrag ausrichten.
   - Bei Werbung, die sich an Kinder unter vierzehn Jahre richtet, müssen die Produkte den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation für ausgewogene Ernährung entsprechen.
   - Die Einschränkung des Lebensmittelmarketings muss auch neue Marketingkanäle wie soziale Medien erfassen.
   - Gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür Sorge tragen, dass Kitas und Schulen frei sind von Marketing-Aktionen.

8. Steuerliche Anreize für eine ausgewogene Ernährung erarbeiten.
   - Der Zuckergehalt von einzelnen stark zuckerhaltigen Produkten, insbesondere von Limonaden, muss in einem definierten zeitlichen Rahmen auf konkret bezifferte Werte deutlich reduziert werden. Dies soll auch mit Hilfe steuerlicher Anreizmodelle geschehen. Dazu muss ausgewertet werden, welche Steuermodelle sich in anderen Ländern bereits bewährt haben und wir übernehmen wollen.

Berlin, den 19. November 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

Welche Folgen unsere veränderten Ernährungs- und Lebensgewohnheiten auf die Gesundheit haben, zeigt zum Beispiel die weltweite Zunahme von Übergewicht und Adipositas. Die Mehrheit der deutschen Erwachsenen ist übergewichtig, fast jeder vierte sogar fettleibig[6]. Bereits 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig oder adipös[7], das sind etwa doppelt so viele wie 1975. Damit stagniert die Prävalenz für Übergewicht bei Kindern in Deutschland auf hohem Niveau. Bedenklich ist auch die hohe Prävalenz von Essstörungen, die mit Über- vor allem aber mit Untergewicht einhergehen. So zeigt jeder fünfte Jugendliche Merkmale einer Essstörung, wobei Mädchen fast doppelt so häufig betroffen sind wie Jungen.

Übergewichtige Menschen, insbesondere Frauen, sind häufig Diskriminierungen ausgesetzt. Diäten führen in der Regel nicht nachhaltig zu einer Gewichtsreduktion oder besserer Gesundheit.[8], Statt Übergewicht und Adipositas zu individualisieren, kann die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die es Menschen ermöglichen, sich gesund zu ernähren.

Mit Übergewicht und Adipositas verbunden ist ein erhöhtes Risiko für schwerwiegende Erkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Krankheiten. Neben den individuellen Folgen für den Einzelnen hat diese Entwicklung auch gesamtgesellschaftliche Auswirkungen. So belaufen sich die Folgekosten von Adipositas, die die Sozialkassen tragen müssen, auf ca. 30 Milliarden Euro pro Jahr[9]. Zudem werden ernährungsbedingte Krankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen stark von sozioökonomischen Faktoren beeinflusst. So leiden Kinder und Erwachsene aus einkommensschwächeren Milieus häufiger unter chronischen Krankheiten und haben in der Regel eine geringere Lebenserwartung.[10]

Eine Ernährungswende beginnt in der Stadt

Relevant für eine Ernährungswende ist, wie sich Menschen in Städten zukünftig ernähren. Denn die Hälfte der Menschen lebt weltweit schon heute in Städten, bis zum Jahr 2050 werden es rund 80 Prozent sein. Ernährungsvielfalt muss deshalb in der Stadtplanung und -förderung verankert werden. In Mailand haben sich 2015 über 100 Städte, darunter auch Berlin, Köln und Frankfurt, zur Schaffung eines nachhaltigen und gerechten Ernährungssystems verpflichtet. Mittlerweile gibt es in zehn deutschen Städten kommunale Ernährungsräte als Plattform; weitere sind in Planung.[11] Dort schließen sich Bürgerinnen und Bürger, Aktivistinnen und Aktivisten, Politikerinnen und Politiker sowie die regionale Landwirtschaft zusammen, um gemeinsam an einem besseren Ernährungssystem und ein gutes, nachhaltiges Essen in ihrer Stadt zu arbeiten. Die Idee des Ernährungsrats findet aktuell auch in Deutschland immer mehr Verbreitung. Wie Ernährung Teil der kommunalen Stadtentwicklung sein kann, zeigen Städte wie Kopenhagen, wo mittlerweile der Bio-Anteil in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung bei über 90 Prozent liegt[12], oder London mit seiner „ London Food Strategy“[13].

Gutes, gesundes Essen leicht verfügbar machen

Eine Ernährungswende muss am Angebot ansetzen und gutes, gesundes Essen für alle Verbraucherinnen und Verbraucher leicht verfügbar machen. Hierfür spielt die Gemeinschaftsverpflegung eine zentrale Rolle. Jedes Kind soll in der Kita und in der Schule ein leckeres und gesundes Mittagessen bekommen können. Aber auch in anderen öffentlichen Einrichtungen, beispielsweise Betriebskantinen, Mensen, Krankenhäusern und Pflegeheimen, müssen Qualitätsstandards verankert und das Angebot frischer, regionaler und Bio-Lebensmittel erweitert werden.

Die Lebensmittelindustrie in die Pflicht nehmen

Rezepturen von Fertiglebensmitteln

---

[6] OECD Obesity Update 2017 http://www.oecd.org/health/health-systems/Obesity-Update-2017.pdf bzw. Robert-Koch-Institut, Gesundheit in Deutschland, 2016, https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsGiD/2015/kurzfassung_gesundheit_in_deutschland.pdf?__blob=publicationFile

[7] KIGGS Welle 2, Gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen, Journal of Health Monitoring 3/2018, https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/JoHM/2018/JoHM_Inhalt_18_03.html

[8] Essen-Bochumer Obesity Treatment Studie (EBOTS, 2012)

[9] Effertz, Tobias: „Die volkswirtschaftlichen Kosten gefährlichen Konsums“
Ökonomische Analyse des Rechts, Schriftenreihe Law and Economics, Band 15, Verlag Peter Lang, Frankfurt (2015), S. 316

[10] KIGGS Studie 2018 https://www.kiggs-studie.de/ergebnisse/kiggs-welle-2/johm.html
https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/FactSheets/JoHM_01_2018_allgemeine_Gesundheit_KiGGS-Welle2.pdf?__blob=publicationFile

[11] Ernährungsräte in Deutschland und Europa, http://ernaehrungsraete.de/ernaehrungsraete-deutschland-europa/

[12] 90 Prozent Bio in öffentlichen Küchen – Praktiker zeigen, wie es geht, https://www.boelw.de/presse/meldungen/artikel/90-bio-in-oeffentlichen-kuechen-praktiker-zeigen-wie-es-geht/

[13] The Draft London Food Strategy, https://www.london.gov.uk/sites/default/files/london_food_strategy_2018_15.pdf

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zahlreiche Studien belegen, dass ein übermäßiger Verzehr von Zucker, Fett und Salz die Entstehung von Übergewicht und Adipositas begünstigen können. Gerade verarbeitete Fertiglebensmittel enthalten oft zu viel davon. Deshalb muss die Lebensmittelindustrie dringend ihre Rezepturen für verarbeitete Lebensmittel überarbeiten mit einer verbindlichen Strategie, die konkrete Zeit- und produktspezifische Reduktionsziele beinhaltet. Studien des Max-Rubner-Instituts zeigen die große Bandbreite auf, die innerhalb von Produktgruppen hinsichtlich ihres Zucker-, Fett- oder Salzgehalts bestehen und weisen dementsprechend auf das Reformulierungspotenzial innerhalb der untersuchten Produktgruppen hin. So schwankt der Zuckergehalt bei Cerealien für Kinder laut der Untersuchung des Max-Rubner-Instituts zwischen 14,9g und 43g pro 100g. Zudem ist der Zuckergehalt bei Cerealien für Kinder oft höher als bei Cerealien, die sich mit ihrer Aufmachung nicht direkt an Kinder richten.[14]

Fokus einer Reduktionsstrategie muss die Gesundheit sein. Eine Reduktion von Zucker, Fett und Salz darf daher nicht dazu führen, dass stattdessen Ersatzstoffe wie Süßstoffe oder Geschmacksverstärker eingesetzt werden, die gegebenenfalls andere gesundheitliche Risiken mit sich bringen können. Gerade bei Zucker und Salz muss es das Ziel sein, die Geschmacksgewöhnung zu verändern. Daher muss eine Reduktionsstrategie gerade bei Kinderprodukten bewirken, dass sie den WHO-Nährwertempfehlungen entsprechen. Auch die europäischen Regelungen zur Zusammensetzung von Säuglingsnahrung und Beikost müssen insbesondere hinsichtlich des erlaubten zugesetzten Zuckers überarbeitet werden.

Der Ansatz der Bundesregierung, bei der Reduktionsstrategie auf Innovation zu setzen, darf nicht dazu führen, dass statt Reduktion, neue Produkte und Ersatzstoffe im Fokus stehen. Ebenso darf der Ansatz, auch an den Portionsgrößen anzusetzen, nicht dazu führen, dass die Reduktionsziele im Wesentlichen durch andere Portionsgrößen, nicht aber durch eine veränderte Zusammensetzung erreicht werden.

Transparente Nährwertkennzeichnung

Je mehr Fertigprodukte und Außer-Haus-Verpflegung zum Bestandteil des alltäglichen Essens werden, desto wichtiger ist es für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu wissen, was darin enthalten ist. Damit Produkte sofort und einfach miteinander vergleichbar werden, müssen verarbeitete Lebensmittel eine einheitliche Nährwertkennzeichnung erhalten, die leicht verständlich ist. Die europäische Lebensmittelinformationsverordnung lässt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, eine solche vereinfachte Kennzeichnung auf freiwilliger Basis einzuführen, was von einigen Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Frankreich genutzt wird. Mit der Nährwertampel mit den Farben grün, gelb, rot, die Großbritannien seit über zehn Jahren erfolgreich anwendet, können die Verbraucherinnen und Verbraucher auf den ersten Blick erkennen, wie Lebensmittel zusammengesetzt sind und eine gesundheitsorientierte Entscheidung treffen. Auch in Frankreich hat die Einführung des sogenannten Nutriscores, der ein gesamtes Lebensmittel anhand einer farblichen Skala bewertet, zu besserem Verständnis und bewussterem Einkauf geführt.

Kindermarketing

Zur besseren Transparenz gehört auch, dass Kinder nicht weiter im Fokus von Marketingaktivitäten der Lebensmittelwirtschaft stehen. Die seit 2007 bestehende freiwillige Selbstbeschränkung der Lebensmittelindustrie beim Kindermarketing (EU-Pledge) beinhaltet zu schwache Kriterien und ist bisher weitestgehend wirkungslos geblieben. Untersuchungen zeigen, dass die Industrie weiterhin Kindermarketing betreibt, oft für hochverarbeitete Lebensmittel, die sehr viel Zucker, Salz und Fett enthalten[15].

Steuern und Abgaben

Auch steuernde Maßnahmen können eine positive Auswirkung auf das Lebensmittelangebot haben. So haben zahlreiche Länder (wie beispielsweise Irland, Portugal, Großbritannien, Spanien, Estland, Belgien, Frankreich oder Mexiko) eine Zuckerreduktion in Limonaden durch eine Steuer auf zuckerhaltige Getränke erreicht. In Großbritannien müssen Softdrinkhersteller ab 5 Gramm pro 100 ml eine Abgabe zahlen. Die Hersteller haben daraufhin den Zuckergehalt der Getränke so angepasst, dass erst gar keine Steuern anfallen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass eine 20-prozentige Abgabe den Konsum von Zuckergetränken um etwa 20 Prozent reduzieren würde[16]. Auch Ärzteverbände wie der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), einige Krankenkassen und der Deutsche Ärztetag fordern eine solche Abgabe.[17]

[14] https://www.mri.bund.de/fileadmin/MRI/Themen/Reformulierung/180831_Reformulierungsbericht_Quartile_ge%C3%A4ndert_181001.pdf

[15] Foodwatch Studie Kindermarketing in Lebensmitteln, August 2015 https://www.foodwatch.org/fileadmin/Themen/Kinderlebensmittel/Dokumente/2015-08-24_foodwatch-Studie_Kindermarketing_EU_Pledge_auf_dem_Pruefstand_final_WEB.pdf
Kindermarketing für Lebensmittel im Internet; Studie im Auftrag des AOK-Bundesverbandes,
Projektleiter PD Dr. Tobias Effertz Universität Hamburg, https://aok-bv.de/imperia/md/aokbv/presse/pressemitteilungen/archiv/2017/projektbericht_aok_bv_final_vorlage4.pdf

[16] WHO Pressemitteilung, Oktober 2016 http://www.who.int/en/news-room/detail/11-10-2016-who-urges-global-action-to-curtail-consumption-and-health-impacts-of-sugary-drinks

[17] https://www.bvkj.de/fileadmin/pdf/presse/180917_PK_1809.pdf

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.